

P/XVIII/94

Bonn, den 17. Mai 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Die NATO-Ministerkonferenz in Ottawa</u> Kaum sensationelle Beschlüsse zu erwarten	27
1	<u>Krankenhäuser</u> Ein öffentlicher Notstand	25
2 - 3	<u>Vorbeugen ist besser als heilen</u> Zum Jugendzahnpflegegesetz der SPD Von Konrad Schayer	56
3	<u>CHRIST UND WELT: "Panorama-Stil"</u> "Vorgehen der CDU unqualifizierbar"	24
4 - 6	<u>Quo vadis Italia ?</u> Auf der Suche nach einer neuen Regierung Von unserem Korrespondenten in Rom, Franca Megrani	116
6	<u>Machtkampf in Prag</u> Kommt es zum Sturz Novotnys ?	29

Chefredakteur Günter Markscheffel

Die NATO-Ministerkonferenz in Ottawa

Kaum sensationelle Beschlüsse zu erwarten

sp - Wenn die Minister der NATO-Staaten am 22. Mai in Ottawa zusammentreffen, werden sie vor dem Wunsch der USA stehen, eine multinationale Atomstreitmacht ins Leben rufen zu wollen. Es ist noch nicht klar erkennbar, welcher NATO-Mitgliedstaat - ausser den USA und Großbritannien - die amerikanischen Pläne vorbehaltlos befürwortet. Von Paris ist ein halbes Ja zu erwarten, sofern sich Washington bereiterklärt, die nationalen Atombewaffnungspläne de Gaulles nicht mehr zu stören. Italien und Kanada verhalten sich abwartend. In Rom weiß man noch nicht, wie die neue Regierung aussehen wird, in Ottawa will man sich ebenfalls noch nicht festlegen. Der NATO-Partner Portugal läßt sich bitten, da besonders die USA die Afrika-Politik Salazars verurteilen. In der Türkei hat man den USA-Plänen zwar "prinzipiell" zugestimmt, jedoch gleichzeitig zu erkennen gegeben, daß man sich diese Zustimmung durch Wirtschaftshilfe teuer bezahlen lassen will. Norwegen und Dänemark betrachten sich bei der Diskussion in Ottawa als Zuschauer; beide Länder würden jedoch ihre Zustimmung nicht versagen, wenn durch eine multinationale Atomstreitmacht erreicht werden könnte, daß die Anzahl der Atomwaffenbesitzer nicht größer wird. Da de Gaulle auf seine "eigene Atomwaffe" nicht verzichtet, bleibt die Haltung Dänemarks und Norwegens platonisch. Der NATO-Partner Bundesrepublik steht den amerikanischen Plänen aufgeschlossen gegenüber, will sich jedoch offensichtlich nicht mit Paris anlegen und hofft, daß man in Ottawa das ganze Problem zunächst nur "am Rande" diskutiert. In Ottawa ist also kaum eine Sensation zu erwarten, sofern man nicht eine Prinzipienzustimmung zur späteren Schaffung einer multinationalen Atomstreitmacht als solche betrachtet.

+ + +
Krankenhäuser

Ein öffentlicher Notstand

sp - Wer schwer krank wird, kann nicht immer sicher sein, in einem Krankenhaus aufgenommen und pfleglich behandelt zu werden. Das liegt nicht am bösen Willen der Ärzte. Nicht selten sind Fälle, wo bei Straßenunfällen Schwerverletzte bei mehreren Krankenhäusern anknöpfen müssen, ehe sie Aufnahme finden. Die bestehenden Anstalten reichen nicht aus, sie sind überfüllt, das Personal ist überfordert, es fehlt an Betten und Schwestern. Oft ist auch für Sterbende kein Platz mehr; sie werden, wie es in einem Krankenhaus in Nordrhein-Westfalen geschah, in die Gartempkammer oder in den Keller abgeschoben. Wie lange soll dieser einer Kulturation unwürdige Zustand noch hingenommen werden? Gewiß, gibt es vorbildliche, mit allen modernen Hilfsmitteln ausgestattete Krankenhäuser, aber es sind ihrer eben zu wenig. Es fehlen in der Bundesrepublik 30.000 Krankbetten und 20.000 Schwestern und Pfleger - ein Minus, dessen schreckliches Ergebnis sich in einer erhöhten, aber vermeidbaren Sterblichkeitsziffer ausdrückt. Das jährliche Defizit aller Krankenhäuser in der Bundesrepublik beträgt fast eine halbe Milliarde und drei Milliarden DM wären erforderlich, um die bestehenden Krankenhausanstalten zu sanieren und auf einen Stand zu bringen, der den Bedürfnissen entspricht. Hier besteht ein öffentlicher Notstand, dem abzuhelpen die finanzielle Kraft der Gemeinden nicht mehr ausreicht. Das sollten auch jene bedenken, die nun durch eine übermäßige Erhöhung des Bundesanteils an der Einkommen- und Körperschaftssteuer den Gemeinden die finanzielle Blutzufuhr drosseln wollen; hier wird an einer Gemeinschaftsaufgabe versündigt, deren Vernachlässigung viele Menschen mit frühem Tod bezahlen müssen.

+ + +

Vorbeugen ist besser als heilen

Zum Jugendzahnpflegegesetz der SPD

von Konrad Schayer

Zahnschmerzen sind eine missliche Angelegenheit, das bedarf keines Kommentars. Schlimmer noch: von Zahnfäule (Karies) befallene Zähne bilden Krankheitsherde im Körper. Ernste gesundheitliche Störungen des gesamten Organismus können die Folge sein. Wenn irgendwo, so gilt hier der Satz "Vorbeugen ist besser als heilen". Mit der Vorbeugung muß vor allen Dingen früh angefangen werden, am besten und wirksamsten bei Kindern und Jugendlichen.

In vielen Gegenden der Bundesrepublik leiden bereits 60 bis 70 Prozent der Schulkinder an Zahnfäule. Großversuche in einzelnen Ländern, z.B. Hessen, haben bewiesen, daß durch vorbeugende Maßnahmen diese Volkskrankheit wirksam bekämpft und der Anteil der an Zahnfäule leidenden Schulkinder unter 30 Prozent verringert werden konnte. Dieses Ziel dient vor allem der von der SPD-Bundestagsfraktion erstellte Entwurf eines Gesetzes des Bundes über öffentliche Jugendzahnpflege.

Die Gesetzesvorlage steckt den Rahmen für den Aufgabenbereich der öffentlichen Jugendzahnpflege ab. Vorgesehen sind vier Leistungsarten, die der Pflege und Gesunderhaltung sowie der rechtzeitigen Bekämpfung von Erkrankungen der Zähne, des Mundes und der Kiefer dienen:

1. Belehrung und Aufklärung über die Notwendigkeit vorbeugender Zahnpflege, insbesondere regelmäßiger Gebisskontrolle, sachgemäße Zahn- und Mundpflege und zweckmäßiger Ernährung.
2. Durchführung von zahnärztlichen Untersuchungen der Drei- bis Achtzehnjährigen, und zwar mindestens einmal im Jahr,
3. schriftliche Unterrichtung der Eltern über die Notwendigkeit zahnärztlicher Behandlung, wenn Schäden festgestellt werden und
4. Nachuntersuchung behandlungsbedürftiger Kinder und Jugendlicher sowie nachgehende Fürsorge.

Die Behandlung festgestellter Zahnschäden soll uneingeschränkt den freipraktizierenden Ärzten überlassen bleiben. Träger der öffentlichen Jugendzahnpflege sind die Gesundheitsämter. Die Länder können auch über diesen Rahmen hinausgehende Leistungen gewähren. Das Jugendzahnpflegegesetz soll später in einem Jugendgesundheitsgesetz oder, noch besser, in einem allgemeinen Gesundheitshilfegesetz aufgehen, das den gesamten Bereich der vorbeugenden und nachgehenden Hilfen für die Gesundheit umfaßt.

Die Notwendigkeit eines Jugendzahnpflegegesetzes ist unbestritten. Wiederholt hat die Gesundheitsministerin Frau Dr. Schwarzhaupt angekündigt, die Bundesregierung würde gesetzgeberisch tätig werden. Aber geschehen ist bisher nichts.

Diese säumige Haltung hat die SPD-Fraktion dazu veranlaßt, selbst die Initiative zu ergreifen. Unter maßgeblicher Mitwirkung des Bundestagsabgeordneten und Zahnartes Dr. Richard Tamblé ist nach sorgfältigen Vorarbeiten eine Gesetzesvorlage erstellt und am 14. Mai im Bundestag eingebracht worden. Noch am gleichen Tage, nur wenige Stunden später, sind die Regierungsparteien der SPD-Fraktion gefolgt und haben ebenfalls einen, wenn auch bescheidenen Jugendzahnpflegegesetzentwurf vorgelegt. Damit hat das Parlament einheitlich den Willen bekundet, die Untätigkeit der Bundesregierung nicht länger hinzunehmen.

Neun von zehn Menschen in der Bundesrepublik leiden heute an der Zahakaries. Hunderte von Millionen DM werden alljährlich, nicht zuletzt auch aus öffentlichen Kassen, für die Behandlung der Zahnfäule ausgegeben. Dieses Geld könnte besser angelegt werden. Was wir heute für die Zahngesundheit der Jugend tun, das wird morgen in einer Verbesserung der Volksgesundheit und in finanziellen Einsparungen seinen Niederschlag finden.

+ + +

CHRIST UND WELT: "Panorama-Stil"

"Niemand wird "Christ und Welt" unterstellen wollen, für den Chefredakteur der "Panorama"-Fernseh-Sendungen des MDR, Gert von Paczensky, politische Sympathien zu empfinden" ... "Für die Kritik, die in zunehmenden Maße an Paczensky geübt wird, haben wir durchaus Verständnis. Das Vorgehen der CDU, die im Verwaltungsrat des MDR Obstruktion treibt, um Paczenskys Ablösung zu erzwingen, halten wir jedoch für unqualifizierbar. Wenn der Verwaltungsrat mehrheitlich, das heißt mit den Stimmen der SPD-Mitglieder und der des Intendanten, Paczensky Vertrag verlängern will, hat sich die CDU diesen Beschluß zu beugen, will sie sich nicht dem Vorwurf antidemokratischer Haltung aussetzen. Die von ihr gewählte Methode, durch Verlassen der Sitzung den Verwaltungsrat beschlußunfähig zu machen, beschwört fatale Reminiszenzen herauf und läuft genau auf den schlechten Panoramastil hinaus, den die CDU beanstanden zu müssen glaubt. Ebenso wenig tragbar ist es, einen Journalisten die "fachliche Eignung" abprechen zu wollen, nur weil er eine andere politische Couleur vertritt als die Regierungspartei. Eine solche Haltung zeigt wenig Achtung vor der Meinungsfreiheit. Im Übrigen beweist die Einmischung der CDU in den Fall Paczensky unsere Feststellung, daß es sich bei Rundfunk und Fernsehen um staatliche und halbstaatliche Meinungsanstalten handelt, deren "Autonomie" im Unterschied zur Presse der Zensur durch Staat und politische Parteien unterliegt. Wirkungsvoller als durch die Vorgänge um Paczensky könnte die Gegenthese des Intendanten Bausch, der sich in dieser Ausgabe mit dem Problem Presse befaßt, kaum widerlegt werden."

+ + +

Quo vadis Italia ?

Auf der Suche nach einer neuen Regierung
Von unserem Korrespondenten in Rom, Franca Magnani

Welches auch immer die Erklärungen sein mögen, die für das Anwachsen der kommunistischen Stimmen in Italien aufgeführt werden können - die Regierungsformel des linken Zentrums ist von der Mehrheit der Wählerschaft keinesfalls zurückgeschlagen worden. "L'apertura a sinistra" hat in Italien auch nach dem 28. April ihre volle Berechtigung, da in den Kammern die Abgeordneten und Senatoren der Democrazia Cristiana (DC), der Sozialdemokraten (PSDI), der Republikaner (PRI) und der Linksozialisten (PSI) rund 60 Prozent des Parlaments ausmachen.

Aus dem Ergebnis eine Ablehnung des Regierungsversuchs des linken Zentrums ableiten zu wollen, scheint nicht gerechtfertigt. Gewiß, die Italiener sind offensichtlich nicht mehr bereit, der seit 16 Jahren die Geschicke des Landes leitenden Democrazia Cristiana blindlings ihr Vertrauen zu schenken, aber ein "Nein" zur DC ist durchaus nicht identisch mit einem "Nein" zur "Öffnung nach links". Der große Erfolg der italienischen Sozialdemokratie, von Anfang an Befürworterin der "apertura a sinistra", bestätigt dies deutlich genug.

Auf der Suche nach einem Sündenbock

In christlich-demokratischen Kreisen wird weiter nach einem Sündenbock gesucht, und es liegt auf der Hand, daß die Mehrheit ihn in Fanfani zu finden überzeugt ist. Ihm wird nicht nur die Schuld für das Zurückgehen der DC, sondern auch für den Erfolg der Kommunisten aufgelegt. Der Zuwachs der Kommunisten, in einer Zeit, in der in Italien ein allerdings nicht gleichmäßig verteiltes Wirtschaftswunder sich bemerkbar machte, hat tiefere Gründe. Die Behauptung, die Stimmengewinne der Kommunisten seien lediglich auf die "kommunistische Propaganda bei den italienischen Gastarbeitern im Ausland" zurückzuführen, erschöpft nicht die Wirklichkeit.

Es steht allerdings fest, daß die überwiegende Mehrheit der Gastarbeiter aus der Schweiz, aus Belgien und aus der Bundesrepublik "kommunistischer" als vorher zurückgekehrt sind. Auf den ersten Blick mag es eigenartig erscheinen, daß diese Menschen, die aus dem armen Süden Italiens zum ersten Mal mit dem Wohlstand der westeuropäischen Länder in Berührung kamen, ihren Protest-Kommunismus beibehalten haben. (400.000 kehrten zur Stimmabgabe in ihre Heimatdörfer zurück.) Es ist aber zu bedenken, daß es für diese Fremdarbeiter und für ihre zurückgebliebenen Familien eine bittere Tatsache bleibt, daß sie selbst im Wirtschaftswunder-Klima gezwungen sind, auszuwandern, um überhaupt ihr Brot zu verdienen.

Zwischen Stühlen und Bänken

Weder der von Papst Johannes XXIII. eingeleitete neue Kurs der katholischen Kirche, noch das linke Zentrum, noch die Fremdarbeiter sind für das Wahlergebnis verantwortlich zu machen, sondern die Uneinigkeit innerhalb der Democrazia Cristiana. Daß man bei einer mit solcher Ausmassung doppelspurig geführten Politik - wie sie eben von der DC geführt wurde - leicht zwischen Stühle und Bänke gerät, ist eine alte Weisheit, der Widerspruch in der von der DC verfolgten Poli-

tik liegt nicht in dieser oder jener Regierungsformel - sei es das linke Zentrum oder nicht - der Widerspruch liegt in der inneren Verfassung der christlich-demokratischen Partei. Man muß sich allen Ernstes fragen, wie lange nach aussen eine einheitliche Passade gezeigt werden kann bei so unterschiedlichen Meinungen, wie sie z.B. Scelba und Fanfani vertreten, und ob die Mahnung der Kirche, die "Einheit des politischen Katholizismus" um jeden Preis zu wahren, noch viele Jahre ihren Erfolg ernten wird.

Welche Konsequenzen sind zu ziehen ?

Heute ist die italienische Innenpolitik von der Frage beherrscht, in welcher Weise nun die Folgen aus dem Wahlergebnis vom 28. April zu ziehen sind. Nach dem unmittelbar auf das Wahlergebnis erfolgten heftigen Reaktionen beginnen die Diskussionen unter den Parteien nun objektiver zu werden. Sie drehen sich hauptsächlich um die verschiedenen möglichen Formen einer Regierungsmehrheit. Ein Zurück zur Zentrums politik, das heißt ein Aufgeben des im Februar 1962 gestarteten Versuchs der "Öffnung nach links", findet selbst in der DC keinen großen Widerhall. Dieses Zentrum (DC, Sozialdemokraten, Liberale und Republikaner) könnte höchstens mit einer Mehrheit von knapp sechs bis sieben Prozent der Stimmen rechnen und würde in einer für Italien an politischen Ressentiments so reichen Phase keine Gewähr für eine auch nur geringe Stabilität geben.

Ganz abgesehen von der praktischen Unmöglichkeit dieser Zentrumsformel, ist sie auch deshalb unmöglich, weil die ganze christlich-demokratische Wahlkampagne im Zeichen des Ausschlusses der Liberalen und der "Erweiterung des demokratischen Feldes nach links" stand. Eine so radikale Schwenkung würde der christlich-demokratischen Mehrheitspartei nur noch einen großen Prestigeverlust zufügen. Außerdem ist die italienische Wählerschaft nach links gerückt, wenn es auch vorerst die Kommunisten sind, die von dieser Verschiebung am meisten profitiert haben. Würde sich nun eine Regierung bilden, die nach rechts gelagert wäre, könnte sie nur ernsthaften Schwierigkeiten entgegengehen. Es sei immer wieder an den Juli 1960 erinnert, als der Versuch Tambroni, mit den Neofaschisten eine Regierungsmehrheit zu bilden, das Land an den Rand eines Bürgerkrieges geführt hat.

Die Meinung Saragats

Die Sozialdemokraten haben als erste und eingehend auf die Richtung hingewiesen, die das Land nun einschlagen müsse, um die Lösung der neu aufgetretenen Probleme zu finden. Das linke Zentrum müsse fortgesetzt werden, meinte Saragat, aber unter einer neuen Leitung, die imstande sei, das Prestige wiederzugewinnen und der Regierung eine neue moralische und politische Autorität zu verleihen. Die Politik der ökonomischen und sozialen Entwicklung müsse weiter ausgebaut und gleichzeitig die Barriere des Antikommunismus höher und fester errichtet werden. "Je mehr man sozial nach links rückt, umso mehr müssen ernsthafte ideologische Schranken gegen den Kommunismus aufgestellt werden".

Praktisch geht Saragat darauf hinaus, die Ablösung von Ministerpräsident Fanfani und Budgetminister La Malfa zu erzwingen. Saragat spricht Fanfani die politische und moralische Autorität ab, die für die nächsten Entwicklungsphase für die Leitung des Staates unerlässlich ist.

Zusammen mit einer Neubesetzung der wichtigsten Regierungsämter verlangt Saragat von den Linksozialisten eine definitive klare Antwort auf verschiedene Fragen, die für das Fortführen des "Linken Zentrums" unerlässlich scheinen. Die Linksozialisten (PSI) haben für Juli ihren Parteitag festgesetzt. Bevor ihre politische Linie nicht klar vorliegt, kann nur schwerlich ein Gespräch um ein stabiles linkes Zentrum aufgenommen werden. Von den italienischen Sozialisten verlangt Saragat: Bejahung der Atlantischen Allianz, Austritt des kommunistisch dominierten Allgemeinen Gewerkschaftsbundes aus der "Gewerkschaftlichen Welt-Föderation", freie Wahl für die Mitglieder, dem Demokratischen Gewerkschaftsbund beizutreten und Trennung der Sozialisten von den Kommunisten in den Gemeindeverwaltungen.

Übergangslösung ?

Welche Regierungsmöglichkeiten hat Italien überhaupt? Zuerst schien eine christlich-demokratische Übergangsregierung, die von einer sozialdemokratischen, republikanischen und sozialistischen Mehrheit unterstützt würde, große Chancen zu haben. Aber Nenni, zu dem Saragat die Brücken nicht abbrechen will, scheint nicht gewillt zu sein, diese "einfarbige" Regierung anzunehmen. Sie könnte leicht als Schritt nach rückwärts ausgelegt werden und dem Druck der Liberalen ausgesetzt sein. Die wahrscheinlichste Regierungsförmel bleibt die des Dreiparteisystems, jedoch mit Ausschluß einiger Politiker, die bisher in führenden Positionen stehen. - Italien sieht sich heute einer dramatischen Situation gegenüber, aber es war vorauszusehen, daß auf das Wahlergebnis vom 28. April eine Zeit der Unsicherheit und der Verschärfung in der Auseinandersetzung zwischen den Parteien folgen würde.

+ + +

Machtkampf in Prag

Der nun in aller Heftigkeit entbrannte Kampf um die Wiedergutmachung der stalinistischen Vergangenheit in der Tschechoslowakei scheint sich in einen Kampf um die Macht innerhalb der tschechischen Kommunisten zu entwickeln. Die "Entstalinisierung" kommt freilich reichlich spät, aber in dem nun eingetretenen Prozeß der Selbstreinigung steckt Dynamit, das auch dem gegenwärtigen Staatspräsidenten und Generalsekretär der KP, Novotny, das Amt kosten kann. Er und seine engste Umgebung haben sich am heftigsten gegen die Rehabilitierung der Opfer jener grausamen Schauprozesse gewehrt, die große Lücken in der damaligen Führungselite der tschechoslowakischen KP rissen. Der schaurige Höhepunkt dieser ganz nach berüchtigten Vorbildern geführten Prozesse waren die Todesurteile für den seinerzeitigen Generalsekretär Slansky und den Außenminister Clementis sowie ein Dutzend ihrer engsten Anhänger. Damals erhielt der jetzige Staatspräsident Novotny eine Belobigung für seine Mitwirkung an der "Demaskierung" Slanskys, von dem gleichen Mann, der nun mit anderen Anklage wegen Verletzung der "sozialistischen Gesetzmäßigkeit" zu erwarten hat. Die Parteiführung sah und sieht sich einem doppelten Druck ausgesetzt; die junge Generation verlangt danach, dem Volke die ganze Wahrheit über jene Schreckensjahre zu sagen und dafür ist ihr kein Preis hoch genug, und auch der Kreml hat wohlwollende Gründe, die Stalinisten in der CSR aus ihren Positionen entfernt zu wissen. Die Hingerichteten waren des Verbrechens des Titoismus beschuldigt, des schlimmsten Verbrechens, das sich ein stalinistisches Gehirn zu jener Zeit ausdenken konnte. Nach glaubwürdigen Versionen soll der jugoslawische Staatschef wiederholt Chruschtschow gedrängt haben, in Prag auf eine Rehabilitierung der Schauprozessopfer hinzuwirken. Dem tschechischen Staatspräsidenten kann dabei nicht wohl sein, hat es doch den Anschein, daß die nun eingetretene Entwicklung innerhalb der tschechischen KP unter dem Einfluß unberechenbarer und unübersehbarer Faktoren jeder Kontrolle entgleitet.

+ + +